

Jürgen Klute

Wirtschafts- und Finanzkrise & Renten:

Das dicke Ende kommt noch

In Deutschland war man es lange Zeit gewohnt, dass die gesetzliche Rentenversicherung Armut im Alter verhindern und darüber hinaus den Lebensstandard im Ruhestand sichern sollte. Das war die Leitvorstellung des deutschen Rentensystems seit Einführung der „dynamischen Rente“ unter Bundeskanzler Konrad Adenauer in den 1950er Jahren.

Die grundsätzliche Abkehr von diesem Leitbild kam mit dem „Drei-Säulen-Modell“ der Weltbank Mitte der 1990er Jahre. Die gesetzliche Rentenversicherung sollte auf eine minimalistische „Grundversorgung“ im Alter geschrumpft werden, während Betriebsrenten als zweite und private Vorsorge (Pensionsfonds, Lebensversicherungen etc.) als dritte Säule die Lebensstandardsicherung übernehmen sollten. Und dies alles „kapitalgedeckt“ statt solidarisch umlagefinanziert.

Mit Aktien und anderen Wertpapieren könnten an den Finanzmärkten ja höhere Renditen erzielt werden, als mit den altmodischen sicheren Anlageformen der Sozialversicherungsrente – so hieß es. Kapitalgedeckte Rentensysteme könnten dann allen, die wirklich privat vorgesorgt haben, ein auskömmliches Einkommen im Ruhestand ermöglichen. Überall in Europa wurden so genannte „Rentenreformen“ nach diesem Schema umgesetzt – in Deutschland in Form der „Riester-Reformen“ 2001. SPD und Grüne bemühten dafür unsinnigerweise auch das Argument der „Generationengerechtigkeit“. Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, so ihre neoliberale Argeumentation, müssten zumindest stabil gehalten und die private Eigenvorsorge ausgebaut werden, damit die Jüngeren „Luft zum Atmen“ bekommen.

Schon im Jahr 2000 verkündete der damalige „Wirtschaftsweiser“ der Bundesregierung Horst Siebert aber die wirkliche Botschaft dieser politischen Kehrtwende an die ‚Rentner von morgen‘: „Arbeite länger, habe weniger, spare mehr!“. So ist es auch gekommen – mit der Agenda 2010 unter Rot-Grün und ihre Fortsetzung in der Großen Koalition mit Rentenkürzungen, Rente ab 67 und vielem mehr.

Der Absturz der „New Economy“-Spekulationsblase 2000 – 2003 nährte erste Zweifel, ob die kapitalgedeckte Rente wirklich die hoch geschraubten Erwartungen erfüllen könne. Mit der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt sich: das Desaster ist komplett.

Jahrzehntelang beteten „Finanzexperten“ uns vor, dass Aktien und andere Finanztitel das Vermögen für die Altersvorsorge langfristig besser anwachsen lassen. Inzwischen stellt man fest: nicht einmal ein halbes Jahrhundert reicht als Garantie für eine anständige Börsen-Rendite. Der US-Leitindex Dow Jones notiert inflationsbereinigt nicht wesentlich höher als Mitte der 1960er Jahre. Wer seit 10 Jahren in einen Aktienfonds einzahlte, verlor pro Jahr durchschnittlich 8 Prozent. Europäische Aktien-Sparpläne liegen sogar für die vergangenen 20 Jahre im Minus, berichtet die Wirtschaftswoche (9.4.2009): „Sie haben nicht die Anleger, sondern nur die Fondsgesellschaften reich gemacht, die für die Vermittlung der Einbußen üppige Gebühren kassierten.“

Ende April 2009 verkündete der Internationale Währungsfonds, dass sich die realen Verluste aus der Finanzkrise wahrscheinlich auf 4,1 Billionen US-\$ belaufen werden. Zwei Drittel davon müssen die Banken abschreiben, ein Drittel entfällt auf die vormals hoch gepriesenen

Pensionsfonds. Bereits im Oktober 2008 vermeldete die OECD, dass Pensionsfonds und kapitalgedeckte Betriebsrentensysteme im Vergleich zu Dezember 2007 etwa 20 % ihres realen Werts eingebüßt hätten – das entspricht einem „Buchwert“ von 5 Billionen US-\$. Am härtesten sind dabei die USA, Großbritannien, Kanada, die Niederlande, Japan sowie Ungarn und Polen betroffen. Die OECD mahnt, dass es auch schlimmer kommen könne, denn erst im Juni 2009 wird sie auf Grundlage der Jahresberichte der Pensionsfondsindustrie genauere Daten liefern können.

Für viele Menschen, die auf diese „zusätzliche“ Altersvorsorge angewiesen sind, bedeutet dies schon jetzt höhere Beiträge und sinkende Rentenzahlungen. Für die Geringverdienenden unter ihnen – insbesondere Frauen - droht eine Ausweitung von Armut im Alter. Der schöne Traum von vielen, das „Geld für sich arbeiten zu lassen“, ist zerplatzt wie eine Seifenblase.

Was hat das alles mit Europa zu tun? Nun ja – die EU hat bei der Liberalisierung der Finanzmärkte im Allgemeinen und der Förderung von kapitalgedeckten Rentensystemen im Besonderen an vorderster Front mitgespielt. Mit dem Vertrag von Maastricht Anfang der 1990er Jahre und seinen Nachfolgern wurde der freie und liberalisierte Kapitalverkehr zum Dogma erhoben. Der EU-Gipfel von Köln 1999 setzte das Ziel, durch einen detaillierten EU-Finanzmarktaktionsplan bis 2005 einen integrierten europäischen Finanzmarkt zu schaffen. Im Oktober 2000 legte der damals dafür zuständige EU-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein in diesem Rahmen einen Richtlinienvorschlag „über die Tätigkeiten von Einrichtungen zur betrieblichen Altersversorgung“ vor.

Die Grundidee: „Die Einrichtungen zur betrieblichen Altersversorgung investieren verstärkt in Aktien, die langfristig als günstiger angesehen werden und tragen damit zu einer verstärkten Kapitalisierung der Aktienmärkte der Mitgliedstaaten bei, die weiterhin nur rund die Hälfte derjenigen der Vereinigten Staaten ausmacht.“ Das beträchtliche Anlagevermögen der europäischen Betriebsrentensysteme sollte als Spielgeld für die Zocker auf den internationalen Finanzmärkten mobilisiert werden. Dieser erste „Bolkestein-Hammer“ kam 2003 ohne größere Probleme durch – Konservative, Liberale und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament verabschiedeten die Richtlinie ohne substanzielle Änderungen.

Die Sicherheit der Betriebsrenten ist nach dieser EU-Richtlinie nur sehr dürftig geregelt: Weder muss die spätere Auszahlung wenigstens der Summe der eingezahlten Beiträge entsprechen, noch muss eine Mindestverzinsung garantiert werden. Die Beiträge dürfen bis zu 70 Prozent in Aktien und anderen Wertpapieren auch auf Risikokapitalmärkten angelegt werden, bis zu 30 Prozent davon in Fremdwährungen. Das Finanzmarktrisiko tragen die künftigen Betriebsrentner. Wo das hin geführt hat, sehen viele erst jetzt.

Zum Beispiel unser Nachbarland Holland: In den 1990er Jahren galten die Niederlande als Vorbild für Vollbeschäftigung und moderne Rentenpolitik. Die staatliche Rente sollte Altersarmut vermeiden – für alles Weitere würden Pensionsfonds und private Eigenvorsorge sorgen. Hollands Reformen waren die Blaupause für die „Riester- und Rürup“-Rente bei uns.

Jetzt ist in Holland Schluss mit lustig. Mehr als die Hälfte der rund 900 niederländischen Pensionsfonds können nicht einmal den gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleich für die jährliche Inflation und die Mindestverzinsung der Rentenansprüche garantieren. Viele kapitalgedeckte Pensionsfonds stehen kurz vor dem Kollaps. Die konservativ-liberale Regierung reagiert so: das Rentenalter wird wie bei uns von 65 auf 67 Jahre erhöht, die Anpassung der Pensionsfonds-Renten an die jährliche Preissteigerung wird ausgesetzt, für 5

Jahre sollen die Beiträge steigen. Das ist Rentenkürzung und Sozialabbau pur – Gewerkschaften und Linke laufen zu Recht Sturm dagegen.

Bei uns in Deutschland sind Pensionsfonds zum Glück noch nicht so verbreitet wie in Holland. Mehr als 10 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger haben aber schon die steuerlich geförderten Riester- und Rürup-Verträge abgeschlossen. Hinzu kommen die Betriebsrenten. Für diese Formen der betrieblichen oder privaten Altersvorsorge sind meistens Lebensversicherungen die Grundlage.

Die deutschen Lebensversicherungen brauchten nach dem Börsencrash von 2001 rund 6 Jahre, um Verluste auszugleichen und wieder nennenswerte freie Risikopuffer aufzubauen. Schon 2008 sind diese Reserven wieder drastisch zusammengeschmolzen – bislang im Schnitt um 20 %, bei manchen Versicherungen sogar um die Hälfte. Fallende Aktienkurse, schrumpfende Anleiherenditen, niedrige Zinsen machen es den Versicherern derzeit unmöglich, selbst den Garantiezins zu erwirtschaften. Für die laufenden Auszahlungen gehen sie an die Reserven, und die halten auch nicht mehr lange. Verlängert sich die dramatische Wirtschaftskrise zu einer Stagnation, wird es vollends düster.

Hinzu kommt: Die deutschen Lebensversicherer sind viel stärker bei Finanzinstituten engagiert als ihre ausländischen Konkurrenten. Ende 2008 hielten sie etwa ein Viertel ihres gesamten Anlagevermögens von knapp 700 Milliarden Euro in Anleihen und Schuldverschreibungen von Banken. Wenn die Banken diese nicht zurück zahlen können, dann stürzen auch die Versicherer ab.

Auch für die Betriebsrenten sieht es nicht gut aus. Die Pensionsfonds der Dax-Unternehmen verloren 2008 knapp 13 Milliarden Euro an den Kapitalmärkten. Ihr Vermögen schrumpfte auf 125 Mrd. €- ihr Pensionsverpflichtungen betragen aber 191 Mrd. € Diese Differenz von einem Drittel müssen die Unternehmen trotz Wirtschaftskrise nun irgendwie verdienen. Dabei ist klar: wenn die Renditen auch nur unwesentlich zurück gehen, hat dies erhebliche Auswirkungen für die künftigen Altersbezüge. Wenn ein Arbeitgeber z.B. über 30 Jahre 100 € monatlich für seine Beschäftigten bei einer Rendite von 5 % zurücklegt, so könnte er über 20 Jahre eine monatliche Betriebsrente von 533 € auszahlen. Sinkt die Rendite auf 4 %, dann schrumpft die Betriebsrente auf 413 €

Für einen Teil der Riester- und Rürup-Produkte (Modell Lebensversicherung) gilt eine Mindestverzinsung von 2,25 % pro Jahr – das gleicht am Ende vielleicht die jährliche Inflation aus, viel mehr aber auch nicht. Werden diese Policen bei Fondsgesellschaften abgeschlossen, sind die Anlagerisiken größer und nur die eingezahlten Beiträge werden garantiert. Die Wirtschaftsjournalisten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bezeichnen deshalb die Riester- und Rürup-Renten als „sicher“. Das sind wirklich großartige „Finanzexperten“: Alterssicherung nach dem Modell der sprichwörtlichen Tante, die das Ersparte unter der Matratze bunkert, um es als Oma später portionsweise wieder ausgeben zu können. Von der „Nominalwertgarantie“ á la Riester und Rürup haben die späteren Rentenbezieher nichts: Ein 1970 weggelegter Geldbetrag von 1000 DM wäre z.B. bei Rückzahlung im Jahre 1990 aufgrund der jährlichen Inflation über 20 Jahre in Gütereinheiten gerechnet nur noch 472 DM „wert“ gewesen.

Selbst die gesetzliche Rente kommt durch die Wirtschaftskrise stark unter Druck. Weil 2008 die Lohnsumme in Deutschland noch wuchs, hat die Große Koalition 2009 als Wahlgeschenk die Renten um 2,41 % im Westen und 3,38 % im Osten angehoben. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für 2009 aber einen Rückgang der durchschnittlichen Brutto-Lohn- und Gehaltssumme um mindestens 2,3 %. Nach diesem Wert richten sich im

Folgejahr die Renten, die deshalb 2010 schon sinken könnten. Die Regierungskoalition verspricht eine „Schutzklausel“ für die Rentenformel, doch diese führt unter Beibehaltung der bisherigen Dämpfungsfaktoren dazu, dass die Renten in schlechten Zeiten noch weiter von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Einige Politiker von CDU, FDP und SPD rufen bereits nach neuen „Reformen“: Rentenkürzungen, Vorziehen der Stufen für die Rente ab 67 usw. Jetzt im Wahlkampf hält man das Thema unter der Decke und pfeift allzu vorlaute Heißsporne zurück. Doch nach der Bundestagswahl im September wird es richtig los gehen.

Nur DIE LINKE steht für einen grundlegenden Kurswechsel in der Alterssicherung – in Deutschland wie in Europa. Wir kämpfen für ‚Gute Arbeit – gute Löhne – gute Rente‘. Argentinien hat es vorgemacht: Pensionsfonds und private Altersvorsorge wurden rückverstaatlicht und in das gesetzliche Rentensystem integriert. Wir wollen eine einheitliche, solidarische Erwerbstätigen- und Rentenversicherung, in die auch Selbständige und Beamte einzahlen. Statt die private Altersvorsorge zu fördern, muss der Solidarausgleich in der gesetzlichen Rentenversicherung mit Steuern subventioniert werden. Nur mit einer Politik der Umverteilung von oben nach unten kommen wir wieder zu einer solidarischen Alterssicherung, die Armut verhindert und die Lebensleistung der Menschen honoriert.

DIE LINKE will auch auf europäischer Ebene einen Kurswechsel beim Thema Alterssicherung. Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Rahmen der EU-Strategie zum Sozialschutz (Renten, Gesundheit, Pflege) muss eine Abkehr vom „Drei-Säulen-Modell“ und den neoliberalen Rentenreformen der Vergangenheit einleiten. Künftig muss es darum gehen, Sozialversicherungssysteme (Rente, Gesundheit, Arbeitslosenunterstützung) solidarisch instand zu setzen, statt die Leistungen immer mehr abzubauen. Betriebsrenten dürfen nicht länger Spielgeld der Finanzzocker bleiben. Die EU-Richtlinie zu Betriebsrentensystemen muss dringend novelliert und die Liberalisierung der Anlagevorschriften für die Rentenbeiträge zurückgenommen werden. Betrieblichen Rentensystemen muss zudem verboten werden, in hochriskante Anlageformen (z.B. Hedge Fonds, Private Equity Fonds usw.) zu investieren.